

Kurzes Argumentarium  
Abstimmung vom 24. November 2013

# **Lohndiktat vom Staat?**

**NEIN  
ZU 1:12**

[www.1-12-nein.ch](http://www.1-12-nein.ch)

**+ FÜR EINE STARKE SCHWEIZ MIT ZUKUNFT**

# NEIN zur extremen 1:12-Initiative der Jungsozialisten

## NEIN zum Lohndiktat vom Staat

Die Festsetzung der Löhne ist Sache der Unternehmer und ihrer Mitarbeitenden und nicht Aufgabe des Staates. Doch genau dieses Grundprinzip wollen die Jungsozialisten mit ihrer 1:12-Initiative über Bord werfen. Künftig soll der Staat die Löhne in den Unternehmen diktieren. Die Sozialpartner – also die Unternehmer und die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer – werden übergangen. Eine 100-jährige Schweizer Erfolgsgeschichte soll einer sozialistischen Ideologie geopfert werden.

**Am 24. November 2013 geht es um die Frage, wer in Zukunft über die Löhne entscheidet: Unternehmer, Angestellte und Gewerkschaften oder der Staat durch ein Lohndiktat.**

## NEIN zur Auslagerung von Jobs und zu mehr Arbeitslosigkeit

Die 1:12-Initiative ist ein gefährlicher sozialpolitischer Bumerang. Sie wird in der Realität dazu führen, dass Unternehmen vermehrt Stellen im Tieflohnbereich auslagern oder wegrationalisieren, um das starre staatliche Lohndiktat zu erfüllen. Das erhöht den Druck auf die tiefen Löhne. Leidtragende werden aber nicht nur weniger gut qualifizierte Mitarbeitende sein. Die Initiative kann auch zu einer generellen Senkung des Lohngefüges in einem Unternehmen führen. Denn sinken die obersten Löhne, sinken auch die Einkommen auf den Funktionsstufen darunter. Das alles kann nicht im Interesse der Schweiz sein. Mit der 1:12-Initiative verlieren wir alle.

**Am 24. November 2013 geht es um die Frage, ob der Druck auf die tiefen Löhne steigt und Jobs ausgelagert werden.**



Angriff auf die Schweiz stoppen!

## NEIN zu höheren Steuern und AHV-Beiträgen für alle

Unser Sozialstaat ist auf die hohen Einkommen angewiesen. Über die Sozialversicherungen und die Steuern werden jährlich Milliarden von Franken von den besser Verdienenden zu den weniger gut Verdienenden umverteilt. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die zehn Prozent der Angestellten mit den höchsten Löhnen bezahlen rund 75 Prozent der direkten Bundessteuern. Ähnlich sieht es bei der AHV aus. Werden die hohen Löhne gedeckelt, führt dies automatisch zu massiven Ausfällen bei den

Sozialversicherungen. In der Folge fehlen jährlich bis zu 560 Millionen Franken. Das entspricht rund 300 000 Monatsrenten von AHV- und IV-Bezüglern. Bei den Steuern fehlt sogar rund eine Milliarde Franken. Das bleibt nicht ohne Folgen: Insbesondere Mittelstand und KMU werden zur Kasse gebeten, um diese Lücken von über 1,5 Milliarden Franken (1 500 000 000) Jahr für Jahr mit höheren Steuern und Abgaben zu stopfen.

**Am 24. November 2013 geht es um die Frage, ob wir alle mehr Steuern und Abgaben bezahlen müssen.**

## NEIN zu staatlichen Lohnkontrollen

Diktiert der Staat ein fixes Verhältnis zwischen dem tiefsten und dem höchsten Lohn in einem Unternehmen, muss er dieses auch kontrollieren und durchsetzen. Das ist sehr aufwendig bei all den Schlupflöchern, welche die Initiative offenlässt. Der staatliche Kontrollaufwand wäre enorm. Die Initiative führt damit zu teuren Leerläufen und hohen Verwaltungskosten. Das trifft alle, ganz besonders die kleinen und mittleren Unternehmen.

**Am 24. November 2013 geht es um die Frage, ob wir mehr Bürokratie und staatliche Lohnkontrollen wollen.**

## Eigengoal verhindern! NEIN zur 1:12-Initiative der Jungsozialisten

Ein Blick ins Ausland genügt, um die negativen Folgen von übertriebenen staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu sehen: Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Löhne sind tief, eine Sparrunde jagt die nächste und die Wirtschaft schrumpft. Ganz Europa beneidet die Schweiz um die rekordtiefe Arbeitslosigkeit, die guten Löhne und unsere Firmen, die dank dem Zusammenspiel von Grossunternehmen und KMU weltweit erfolgreich sind. Warum sollten wir mit der Juso-Initiative ohne Grund ein Eigengoal schießen und unser Erfolgsmodell und damit auch unseren Wohlstand aufs Spiel setzen?

**Darum: Hände weg von sozialistischen Experimenten auf Kosten der Schweiz. NEIN zur 1:12-Initiative!**

## Keine sozialistischen Experimente mit unserem Erfolgsmodell

Die Schweiz ist weltweit Spitze: Wir werden von allen Seiten um unser Erfolgsmodell beneidet.

- Wir haben die tiefste Arbeitslosigkeit aller EU- und OECD-Staaten. Auch die Jugendarbeitslosigkeit ist im EU-Schnitt (über 23 Prozent) fast dreimal so hoch wie in der Schweiz.
- Unsere Löhne gehören zu den höchsten der Welt.
- Der Anteil an Tieflohnbezüglern

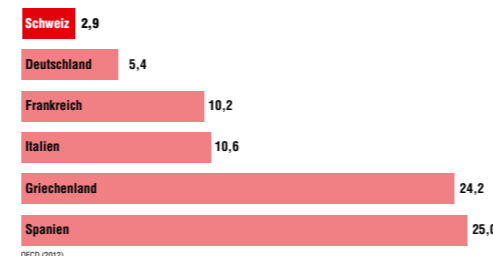
ist markant tiefer als in anderen OECD-Staaten.

- Wir gehören zu den Ländern mit der tiefsten Verschuldung.
- Wir gehören gemäss mehreren Studien zu den innovativsten Ländern der Welt.

Die Initianten wollen dies aufs Spiel setzen. Doch ihre Rezepte aus der sozialistischen Mottenkiste haben noch nie funktioniert und müssen

gestoppt werden. Bevor sie grossen Schaden anrichten.

### Arbeitslosigkeit in Europa (in %)



## Was will die 1:12-Initiative?

Die Initiative will, dass der Staat künftig allen Firmen in der Schweiz ein fixes Verhältnis von 1:12 zwischen dem höchsten und tiefsten Lohn vorschreibt. Heute ist die Festsetzung der Löhne Sache der Unternehmer und ihrer Mitarbeitenden. Der Staat mischte sich bisher nicht ein. Je nach Situation handelt ein Arbeitgeber den Lohn in einem Gesamtarbeitsvertrag mit den Gewerkschaften oder direkt mit dem Angestellten aus. Das hat sich bewährt und trägt zum Wohlstand der Schweiz bei.

## Initiative trifft uns alle

Die Jungsozialisten gaukeln uns vor, nur wenige seien von ihrer Initiative betroffen. Doch das stimmt nicht. Sie trifft uns alle! Um die Milliardenlöcher bei Steuern und Sozialversicherungen zu stopfen, müssten **alle Angestellten** höhere AHV- und IV-Beiträge zahlen und auch die **Steuerzahlenden** würden stärker zur Kasse gebeten. Weil die Initiative ein Loch in die AHV-Kasse reißt, schadet sie auch den **Rentnerinnen und Rentnern**. Nicht zuletzt sind alle **Unternehmer** vom staatlichen Lohndiktat, vom bürokratischen Kontrollaufwand und höheren Arbeitgeberbeiträgen an die AHV betroffen.

# Breite Allianz sagt NEIN

Die Jungsozialisten wollen mit ihrer extremen und unüberlegten 1:12-Initiative zentrale Erfolgsfaktoren der Schweiz über den Haufen werfen. Deshalb lehnen der **Bundesrat** und das **Parlament** die Initiative entschieden ab. Im Nationalrat scheiterte die Initiative mit 130 zu 56 Stimmen, im Ständerat mit 28 zu 10. Die Vertreter von **SVP, FDP, CVP,**

**BDP** und **Grünliberalen** sagten NEIN. Unterstützt werden Sie dabei vom **Schweizerischen Gewerbeverband**, dem **Schweizerischen Arbeitgeberverband**, **economiesuisse** und zahlreichen weiteren Wirtschaftsverbänden. Auch verschiedene kantonale **Regierungsräte** von **links bis rechts** warnen vor der Juso-Initiative.



**Thomas Maier**  
(glp)

**Brigitte Häberli-Koller**  
(CVP)

**Jean-François Rime**  
(SVP)

**Martin Landolt**  
(BDP)

**Karin Keller-Sutter**  
(FDP)

- **NEIN zum Lohndiktat vom Staat**
- **NEIN zur Auslagerung von Jobs und zu mehr Arbeitslosigkeit**
- **NEIN zu höheren Steuern und AHV-Beiträgen für alle**
- **NEIN zu staatlichen Lohnkontrolleuren**

**Eigengoal verhindern! NEIN zur 1:12-Initiative der Jungsozialisten**

Komitee NEIN zum Lohndiktat vom Staat  
c/o Schweizerischer Gewerbeverband sgV  
Schwarztorstrasse 26  
Postfach, 3001 Bern

**NEIN  
ZU 1:12**

[www.1-12-nein.ch](http://www.1-12-nein.ch)